

bremerFORUM

INFORMATIONEN DER SPD-LANDESORGANISATION BREMEN



FOTO: GETTYIMAGES, ADOBE STOCK, MONTAGE: SPD LAND BREMEN

Die Corona-Pandemie hat die Welt fest im Griff. Der Lockdown hat auch im Land Bremen das wirtschaftliche, gesellschaftliche und soziale Leben abrupt verändert. Unsere politische Arbeit bleibt dabei nicht außen vor: Parteitage mussten verschoben werden, der Landesvorstand tagte am 6. April erstmals als Videokonferenz. Dem Covid-19-Virus verdanken wir somit durchaus einen ordentlichen Schub auf dem Weg zur digitalisierten Partei, doch wir haben auch große Sehnsucht danach, wieder zur unmittelbaren Debatte und dem persönlichen Zusammentreffen zurückkehren zu können.

SOLIDARISCH IST MAN NICHT ALLEINE!

Von Sascha Karolin Aulepp, Landesvorsitzende der Bremer SPD

Der 1. Mai ist Arbeitnehmer*innenkampftag. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten demonstrieren seit an seit mit den Gewerkschaften für Gute Arbeit, für betriebliche Mitbestimmung, für Solidarität und Gerechtigkeit. Aber vieles ist anders im Jahr 2020. Wegen der weltweiten Coronavirus-Krise haben die Gewerkschaften eine historisch einmalige Entscheidung getroffen und die Kundgebungen zum 1. Mai abgesagt. Wir verzichten auf Präsenzveranstaltungen, denn „solidarisch sein“ bedeutet zurzeit: Abstand halten! Erhebliche Einschränkungen sind beschlossen worden, um die Gesundheit der Menschen zu sichern. Alle müssen mithelfen, die Ausbreitung des Virus zu verlangsamen, um gefährdete Menschen zu schützen. Allerdings bedeutet das für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer teils drastische Änderungen ihres Arbeitslebens, Einkommenseinbußen und ein Bangen um die berufliche Existenz.

Gerade deshalb gilt für uns das diesjährige Motto zum 1. Mai: „Solidarisch ist man nicht alleine!“ Weil der Applaus in unseren Parlamenten, überschäumende Kommentare in allen Zeitungen und

in den sozialen Medien, ganzseitige Anzeigen der Handelskonzerne und allgegenwärtiges Schulterklopfen über eine Tatsache nicht hinwegtäuschen kann: Die „Heldinnen und Helden des Alltags“, die Kassiererinnen, Pfleger, LKW-Fahrer, Paketbotinnen und Krankenschwestern, sind Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, von denen die allermeisten schlecht bezahlt werden. Die tarifliche Entlohnung ist unterdurchschnittlich, sehr viele haben nicht einmal einen Tarifvertrag. Deshalb werden wir als SPD gemeinsam mit den Gewerkschaften dafür streiten, dass die gesellschaftliche Anerkennung, die diese Berufe aktuell erfahren, zu einer dauerhaft besseren Bezahlung führt.

Aber auch viele andere, bei denen das Geld ohnehin knapp ist, trifft die Corona-Pandemie besonders hart. Auf maßgebliches Betreiben der sozialdemokratischen Ministerinnen und Minister hat die Bundesregierung den Zugang zum Kurzarbeitsgeld, zum Kinderzuschlag und zur Grundsicherung erleichtert und auch dafür gesorgt, dass Mieterinnen und Mieter nicht das Dach überm Kopf verlieren, wenn sie krisenbedingt ihre Miete nicht rechtzeitig

zahlen können. Auch in Bremen hat der rot-grüne Senat mit unserem Bürgermeister Andreas Bovenschulte an der Spitze schnell für unbürokratische Hilfe gesorgt. Für diejenigen, die unmittelbar darauf angewiesen sind, finanzielle Löcher schnell zu stopfen. Das hilft kleinen Unternehmen, Handwerksbetrieben und Solo-Selbständigen. Das hilft auch denjenigen, die in solchen Betrieben arbeiten, und sichert Arbeitsplätze.

Für uns als SPD ist klar: Sozialbau oder Schwächung von Arbeitnehmerrechten sind keine Option, um die Folgen der Corona-Pandemie „abzumildern“. Die Bewältigung der Krise darf nicht auf den Schultern derer ausgetragen werden, die schon jetzt besonders unter ihr leiden. Wir brauchen eine faire Besteuerung und ein Konjunkturankurbelungsprogramm, von dem Beschäftigte wie Arbeitgeber profitieren.

Solidarität ist die Antwort der SPD und der rote Faden unserer Politik. Denn wenn denen geholfen wird, die Hilfe brauchen, und die meisten Lasten von denen getragen werden, die sie am besten schultern können, ist am Ende niemand mehr allein. ■

IN ZAHLEN GEGOSSENE POLITIK

Senat legt Entwurf für den Haushalt 2020/2021 vor

Von Bürgermeister Andreas Bovenschulte, Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen

Mitte Februar hat der Senat den ersten Haushaltsentwurf der rot-grün-roten Koalition beschlossen und dabei sozialdemokratische Schwerpunkte gesetzt. Dieser erste große Schritt auf dem Weg zu einem Haushalt für die Jahre 2020/2021 war ein Kraftakt, auf den ich wirklich stolz bin:

Erstens, weil Rot-Grün-Rot bewiesen hat, dass wir konstruktiv und solidarisch zusammenarbeiten und zusammenhalten.

Zweitens, weil wir die Schwerpunktsetzung des Koalitionsvertrages nun finanziell hinterlegt haben. Nicht jedes Ziel des Koalitionsvertrages kann sofort oder in vollständiger Schönheit umgesetzt werden. Die Handlungsspielräume sind größer, aber nicht endlos. All das wussten wir vorher, und davon haben wir uns nicht beirren lassen. Viele Dinge werden wir nur in kleinen Schritten umsetzen können. Wichtig ist aber, in die richtige Richtung loszulaufen. Gemessen daran haben wir viel erreicht für das zentrale Ziel dieser Koalition: unser Bundesland und unsere beiden Städte Bremen und Bremerhaven wirtschaftlich stark, sozial und weltoffen sowie ökologisch nachhaltig zu gestalten.

Einige Punkte, die aus sozialdemokratischer Perspektive besonders wichtig sind, will ich kurz erläutern:

■ Bildung

Die Koalition war angetreten hier den klaren Schwerpunkt zu setzen, und das haben wir mit diesem Haushaltsentwurf auch getan: das, was für ausreichende Schul- und Kitaplätze notwendig ist, wird auch gemacht – wir stellen die Finanzierung sicher! Bereits in den Ausgangswerten war dieser Schwerpunkt sehr deutlich erkennbar: mehr als 125 Mio. Euro zusätzlich (bezogen auf beide Jahre) für das schulische Personal und den Einstieg in die A13-Besoldung für Grundschullehrerinnen und -lehrer waren dort bereits verankert. Ebenso seit Beginn berücksichtigt sind 80 Mio. Euro zusätzlich für Schul- und Kita-Bau. Erstmals haben wir noch eine Sonderrücklage in beträchtlicher Höhe eingerichtet. Weitere 40 Mio. Euro, die Sicherheit und Flexibilität für den notwendigen Ausbau ermöglichen. Zusätzliche 160 Millionen Euro (bezogen auf beide Jahre) stehen für die Kita-Beitragsfreiheit, für Maßnahmen des Digitalpaktes an Schulen, für

Mobilbauten an Schulen, für zusätzliche Lehrkräfte, für zusätzliche Assistenzen für Schülerinnen und Schüler und für den Ausbau der Qualitätsentwicklung bereit.

Bei alldem werden wir Ungleiches auch ungleich behandeln und dort, wo die Bedarfe am größten sind, auch das meiste tun: beispielsweise durch Schulsozialarbeit.

Im Kitabereich wird die praxisintegrierte Ausbildung fortgesetzt. Die Kita-Leitungen werden durch die zentralisierte KiTa-Beitragsabrechnung entlastet und unterstützt. Zudem werden 30 Mio. Euro des Bundes aus dem Gute-Kita Gesetz in den kommenden Haushaltsjahren vor allem für eine Verbesserung der KiTa-Qualität eingesetzt.

■ Lebendige Quartiere

Gemeinsam haben wir den Blick auf die Lebensrealität der Quartiere ins Zentrum gestellt. Mit dem neuen Landesprogramm Lebendige Quartiere, ausgestattet mit insgesamt 10 Mio. Euro, werden wir ressortübergreifend quartiersbezogene Maßnahmen stärken und voranbringen – unsere Quartiere sollen so lebenswert und attraktiv wie möglich werden!

■ Klimaschutz

Wir meinen es ernst mit dem Klimaschutz: Mit einem neuen Handlungsfeld Klimaschutz wollen wir über alle Ressorts hinweg deutliche Beiträge für relevante CO₂-Einsparungen leisten. Das neue Handlungsfeld steht mit insgesamt 30 Mio. Euro allen Fachressorts offen.

■ Zusätzliche Arbeitsmarktmittel

Die Arbeitsmarktpolitik haben wir mit 10 Mio. Euro zusätzlich deutlich gestärkt, weil wir wissen, dass die Chance zur aktiven Beteiligung am Erwerbsleben zentral ist für ein selbstbestimmtes Leben. Und hierbei stärken wir auch die Arbeitsmarktpolitik vor Ort, in den Stadtteilen.

■ Sicherheit und Rechtsstaat

Sichere und saubere Stadt – das war und bleibt ein Kernprojekt. Mit diesem Haushalt können wir engagiert an die bereits begonnenen Maßnahmen anknüpfen. Wir stellen Geld bereit für 200 neue Polizeianwärterinnen und Polizeianwärter und außerdem insgesamt 4 Mio. Euro für hochqualifizierte Kräfte im Nichtvollzugsdienst und 20 zusätzliche Stellen im Ordnungsdienst.

■ Wohnungsbau

Wir bauen die Wohnraumförderung mit 2 Mio. Euro weiter aus, wir stärken die Wohngeldstelle mit weiterem Personal, wir ermöglichen Verfahrensbeschleunigung durch mehr Personal im planenden Bereich.

■ Bäder

Wir haben die Investitionen für das Horner Bad und für das Westbad abgesichert und zudem eine Erhöhung des Zuschusses für die Bädergesellschaft vorgesehen – die Senkung der Eintrittspreise für Jugendliche ist damit finanziell abgesichert.

Drittens, weil der Haushalt, trotz aller zusätzlichen Anstrengungen seriös geblieben ist. Wir geben insgesamt rd. 375 Mio. Euro in beiden Jahren mehr aus, um politische Schwerpunkte zu setzen und das ist richtig.

Wir haben im Februar den Haushaltsentwurf so gestaltet, dass die Schuldenbremse eingehalten würde und wir damit alle unsere Verpflichtungen aus der Sanierungsvereinbarung mit dem Bund erfüllt würden.

Nun wissen wir alle, dass die Welt im April eine andere ist als sie es Mitte Februar war. Mit der Corona-Krise und ihren dramatischen Folgen ist beim Bund, den Bundesländern und auch bei uns in Bremen klar: Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie können ohne neue Schulden nicht gestemmt werden. Der Verzicht auf neue Kredite würde unser Land wirtschaftlich nur noch viel härter treffen. Der Bund hat sich bereits von der „Schwarzen Null“ verabschiedet und Milliarden für einen Rettungsschirm freigegeben. Und auch wir in Bremen stellen umfangreiche Hilfen über Landesprogramme zur Verfügung. Wir nutzen dabei die Möglichkeiten der Schuldenbremse, die bei außergewöhnlichen Notsituationen neue, zusätzliche Schulden ausdrücklich erlaubt.

Und das politische Geschäft muss weitergehen: Beim Haushalt liegt der Ball jetzt beim Parlament und den Koalitionsfraktionen. Der Landesvorstand hat sich bereits jüngst mit dem Haushaltsentwurf befasst und unserer Fraktion Eckpunkte für die weiteren Beratungen mit auf den Weg gegeben. Unsere Genossinnen und Genossen im Parlament haben jetzt die Gelegenheit, noch weitere politische Akzente im Sinne des Koalitionsvertrages und der Ziele unserer Partei zu setzen. ■

ZUR PERSON:



FOTO: LIS BREMEN/MICHAEL SCHNELLE

Andreas Bovenschulte ist seit Mitte August 2019 Bremer Bürgermeister und Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen. Erst kurz zuvor, im Juni des Jahres, war er zum Fraktionsvorsitzenden der SPD-Bürgerschaftsfraktion gewählt worden. Zuvor war der promovierte Jurist ab 2014 Bürgermeister in Weyhe und von 2010 bis 2013 Landesvorsitzender der Bremer SPD. Andreas Bovenschulte ist seit 1984 Mitglied der SPD und seit 30 Jahren Mitglied der Gewerkschaft ver.di.

IMPRESSUM

Herausgeber:

SPD-Landesorganisation
Bremen
Obernstraße 39–43
28195 Bremen
Tel.: 0421/3 50 18-0
Fax: 0421/3 50 18-37
info-bremen@spd.de

Redaktion:

Roland Pahl (V.i.S.d.P.)
Namentlich gezeichnete
Beiträge werden von
den Autoren verantwortet.

Seite 4: SPD-Bürgerschaftsfraktion Bremen,
Marieke Meinhart
(V.i.S.d.P.),
Wachtstraße 27/29,
28195 Bremen

MIT DER PANDEMIE LEBEN LERNEN

Bürgermeister Andreas Bovenschulte zu den Entscheidungen zur Eindämmung des Corona-Virus

Wie ordnest Du die aktuelle Phase der Corona-Pandemie ein?

Ich habe noch nie eine so dramatische und rasante Veränderung mitgemacht. Binnen weniger Wochen steht fast alles in Frage, was als unumstößlich galt. Wir versuchen derzeit alle mit Macht – und wie sich zeigt: mit Erfolg – die Ausbreitung des Virus zu verlangsamen. Gleichzeitig bereiten sich unsere Krankenhäuser auf deutlich mehr Intensivpatientinnen und -patienten vor. Unser Leben hat sich vollständig verändert. Die Einschränkungen im Kampf gegen das Virus verursachen enorme Schäden in unserem Wirtschafts- und Sozialsystem. Das lässt sich nicht lange Zeit durchhalten. Wir müssen lernen mit der Pandemie zu leben. Das heißt: Wir brauchen zielgenauere Schutz- und



FOTO: SPD LAND BREMEN

Eindämmungsmaßnahmen, die eine schrittweise Rückkehr zur Normalität ermöglichen, ohne dass das Infektionsgeschehen aus dem Ruder läuft. Daran wird auf allen Ebenen mit Hochdruck gearbeitet.

Wie finanziert der Senat die umfangreichen Hilfen, die über die verschiedenen Landesprogramme bereitgestellt werden?

Die meiste Hilfe kommt vom Bund – und das geht auch nicht anders, das könnten wir gar nicht stemmen. Trotzdem sind die Kosten für unser Bundesland enorm. Wir zahlen finanzielle Unterstützung für Unternehmen und Solo-Selbständige, haben Steuerausfälle in ungeahnter Höhe und die Sozialleistungen werden, das gehört zur traurigen Wahrheit dazu, wohl auch steigen. Das übersteigt, was wir unter normalen Bedingungen finanzieren könnten. Wir werden neue Schulden machen müssen. Die Schuldenbremse erlaubt das auch im Falle einer außergewöhnlichen Notsituation.

Was ist Dir in dieser Zeit besonders schwer gefallen, hat sich Dir besonders eingebrannt?

Beeindruckt bin ich davon, wie konsequent und solidarisch die Menschen im Land die Regeln zur Eindämmung des Virus tragen. Natürlich beschließt niemand ein Kontaktverbot leichtfertig. Das war schon ein großer Schritt, zu so massiven Einschränkungen elementarer Grundrechte wie

der Versammlungsfreiheit, der Religionsfreiheit, der Freizügigkeit und der Berufsfreiheit kommen zu müssen.

Menschen zu sagen, dass Treffen mit Oma und Opa nicht stattfinden dürfen oder der Besuch bei Angehörigen im Pflegeheim nicht geht, sind beispielsweise Dinge, die richtig schwer sind. Mich haben auch die vielen Ansprachen bewegt, wo Bürgerinnen und Bürger mir über Existenz-, Gesundheits- und Zukunftssorgen berichten. Das geht unter die Haut und treibt an, dazu beizutragen, soziale Härten aufzufangen und alles zu tun, um Arbeitsplätze und eine starke Wirtschaft in unserem Land zu sichern.

Wie soll es wirtschaftlich und sozial mit Bremen und Bremerhaven nach der Corona-Krise weitergehen?

Ich bin mir sicher: Wir werden nach der Krise nicht einfach nahtlos an die Vor-Corona-Zeit anknüpfen. Wir müssen unsere Lehren ziehen aus der Krise für den Ausbau unseres Gesundheitswesens und die öffentliche Daseinsvorsorge, für die Digitalisierung und das ganze Wirtschafts- und Sozialsystem. Diskutieren müssen wir natürlich auch, wie die Lasten der Corona-Krise verteilt und in Ausgleich gebracht werden. Ich bin klar dafür, dass starke Schultern mehr tragen als schwache. Steuersenkungen für alle kann es deshalb nicht geben. ■

— Anzeige —

WIR HALTEN ZUSAMMEN

IN DEUTSCHLAND UND EUROPA.

DAS IST UNSER JOB IN DER BUNDESREGIERUNG, IN DER FRAKTION, DER PARTEI UND DEN LÄNDERN. FÜR DEN SCHUTZ DER GESUNDHEIT. UND DAMIT NIEMAND AUF DER STRECKE BLEIBT.

GEMEINSAM SCHAFFEN WIR DEN NEUSTART NACH DER CORONA-KRISE. DENN #WIRHALTENZUSAMMEN

**JETZT
PLAKAT IM SHOP
BESTELLEN!**

DIN A2 doppelseitig
Hoch- / Querformat

SHOP.SPD.DE

SPD

INFO

KONTAKTLOS
IN KONTAKT BLEIBENBürgersprechstunden der
SPD-Fraktion

Abstand halten: Das ist aktuell das Gebot der Stunde, um das Coronavirus an der Ausbreitung zu hindern und sich und andere zu schützen. Das hat auch Auswirkungen auf unsere Arbeit als Bürgerschaftsfraktion. Wo wir sonst den direkten Kontakt zu den Menschen suchen, zum Beispiel, wenn wir mit dem „Roten Bus“ in den Quartieren haltmachen, wenn wir Besuchergruppen in der Bürgerschaft begrüßen oder bei Gesprächen vor Ort, müssen auch wir nun erst einmal Abstand halten. Aber wir wollen nur physisch auf Distanz gehen. Wir wollen ansprechbar sein und bleiben. Deswegen sind unsere Abgeordneten nun regelmäßig in Bürgersprechstunden telefonisch zu erreichen.

Die Termine, die jeweiligen Ansprechpartner und die Kontaktoptionen sind auf unserer Homepage zu finden und werden laufend aktualisiert.

www.spd-fraktion-bremen.de/buergersprechstunde

CORONA UND DIE FOLGEN

Bremen unterstützt Betroffene mit einer Vielzahl von Sofortmaßnahmen

Die Corona-Pandemie ist eine enorme Herausforderung und hat gravierende Auswirkungen. Um diese Auswirkungen abzufedern, haben Senat und rot-grün-rote Koalition schon früh reagiert und auch auf Landesebene zwei Sofortprogramme mit einem Volumen von insgesamt 35 Millionen Euro aufgelegt, um Bremer Unternehmen, Selbstständige und Freischaffende gezielt zu unterstützen. Eine „zwingende und richtige Maßnahme“ nannte dies der haushaltspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Arno Gottschalk.

Mit Sofortprogrammen unterstützt Bremen zudem sowohl Kulturschaffende als auch den Sport. So stehen Mittel in Höhe von 500.000 Euro bereit, um freischaffende Künstlerinnen und Künstler zu unterstützen. „Dies kann eine sehr willkommene und notwendige Soforthilfe sein, um zumindest einen abrupten finanziellen Engpass zu überbrücken“, sagte der kulturpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Elombo Bolayela. Ein „Gebot der Stunde“ nannte Eva-Quante-Brandt, Sprecherin für Sport, das Soforthilfeprogramm, das zusammen mit dem Landessportbund ausgearbeitet wurde.

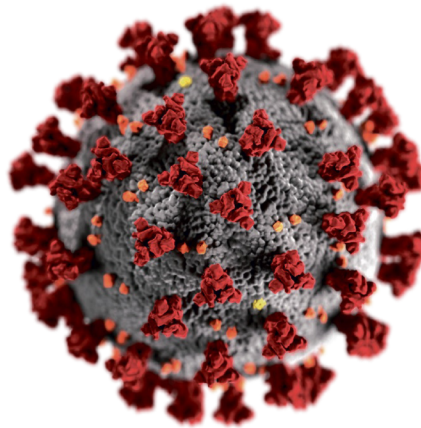


FOTO WIKIMEDIA/CDC/ ALISSA ECKERT, MS; DAN HIGGINS, MAMS

Dieses sieht unter anderem finanzielle Entlastungen für Übungsleiter ebenso vor wie die Berücksichtigung von Einnahmeausfällen bei den in diesem Bereich Beschäftigten, den Verzicht auf Mieten für städtische Sportanlagen sowie finanzielle Hilfen für Vereine.

Kleinen Einzelhändlern soll gezielt durch die Förderung von Liefergemeinschaften geholfen werden. Dazu sollen sich mindestens zehn Unternehmen zusammenschließen und können bis zu 10.000 Euro erhalten, um eine gemein-

same Liefer-Infrastruktur aufzubauen. „Das trägt dazu bei, unsere etablierte Einzelhandelsstruktur zu schützen und zu erhalten“, betonte der wirtschaftspolitische Sprecher, Volker Stahmann. Hochschulen und Studierende werden ebenfalls unterstützt. Erstere erhalten vier Millionen Euro, damit die Veranstaltungen des Sommersemesters digitalisiert werden können. Studierende, die aufgrund der Corona-Krise in finanzielle Not geraten sind, können ein zinsfreies Darlehen von bis zu 550 Euro beantragen. Die wissenschaftspolitische Sprecherin, Janina Brünjes, erklärte: „Es ist wichtig, dass auch diese jungen Menschen spüren, dass sie in diesen schwierigen Zeiten nicht alleine gelassen werden.“

Die Beiträge für die Kinderbetreuung sowie die Verpflegungspauschale werden nach Schließung der Kitas, Krippen und Horte vorübergehend erstattet oder erlassen. Petra Krümpfer, kinderpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, betonte: „Für viele Familien zählt aktuell jeder Euro. Und schon die Erstattung oder der Erlass der Verpflegungspauschale kann eine wichtige und spürbare Entlastung sein.“ ■

WARUM DIE BÜRGERSCHAFT TAGEN MUSS

SPD-Fraktionschef Mustafa Güngör erklärt, warum das Parlament trotz Corona zusammenkommt

Bitte bleiben Sie zu Hause, wenn Sie können. Verlassen Sie Ihr Zuhause nur, um das Allernötigste zu erledigen – oft habe ich, genau wie viele meiner politischen Kolleginnen und Kollegen, diesen Appell in den vergangenen Tagen formuliert. Da mag es widersprüchlich erscheinen, wenn die Bremische Bürgerschaft mitten in der Krise zu einer Sitzungswoche zusammenkommt. Aber ich bin überzeugt, es ist gerade in diesen Zeiten ein wichtiges Signal, dass die Herzkammer der Demokratie nicht aufhört zu schlagen, sondern deutlich macht: Wir wollen unseren Teil beitragen, damit das politische und gesellschaftliche System weiterhin funktioniert.

Wir haben mit der Annahme des Mandates für die Bremische Bürgerschaft Verantwortung übernommen – Verantwortung für die in Bremen und Bremerhaven lebenden Menschen. Für die Ärztinnen und Ärzte, für die Pflegekräfte, für die Arbeiterinnen und Arbeiter, die Verkäuferinnen und Verkäufer,



Mustafa Güngör während der Plenarsitzung im März Foto: Bremische Bürgerschaft

die trotz hoher Ansteckungsrisiken weiterhin Tag für Tag arbeiten gehen und sich für ihre Mitmenschen aufopfern. Dieser Verantwortung müssen wir gerade in Krisenzeiten besonders nachkommen.

Ich finde es richtig, dass der Senat seine Politik in der Krise öffentlich erklärt und verantwortet, auch wenn ich finde, dass er schnell, entschieden und gleichzeitig ausgewogen und besonnen handelt. Das Parlament muss seiner verfassungsmäßigen Aufgabe der Kontrolle über die Regierung nachkommen. Es ist für unser demokratisches Gemeinwesen – auch oder gerade in Zeiten wie diesen

– von besonderer Bedeutung, dass Parlament und Regierung miteinander streiten und die geplanten kurz- und längerfristigen Maßnahmen diskutieren und abwägen können, um den für die in Bremen und Bremerhaven lebenden Bürgerinnen und Bürger besten Weg zu bestimmen.

Und doch möchten wir als gutes Vorbild vorangehen: Als Fraktionsvorsitzender habe ich mich dafür eingesetzt, dass diejenigen Abgeordneten, die aus gesundheitlichen Gründen nicht kommen möchten, die möglicherweise selbst in die Risikogruppe fallen oder Angehörige haben, für die das zutrifft, auch nicht kommen müssen. Gesundheit geht immer vor. Das gilt für die Abgeordneten wie für alle anderen auch. Mein besonderer Dank gilt hierbei allen in der Bürgerschaft vertretenen Parteien. Sie haben zuvor zugesagt, dass der durch diese besondere Situation bedingte Abgeordnetenausfall keinen Einfluss auf die Mehrheitsverhältnisse hat.

In diesem Sinne: Bleiben Sie gesund! ■